

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Spanier zur Verabschiedung des Haushalts 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Nach intensiver Beratung hat sich die SPD-Fraktion dazu entschlossen, dem Haushalt für 2011 teilweise zuzustimmen und Mitverantwortung für die finanzielle Zukunft der Stadt zu übernehmen.

Ein Abrutschen der Stadt in das Haushaltssicherungskonzept hätte verheerende Folgen gerade für die von der SPD immer wieder eingeforderten freiwilligen Ausgaben im Sozial- oder Jugendbereich.

Bei Kindergärten, Sportförderung, Jugend- und Kulturangeboten, Unterstützung von Vereinen, sozialen Projekten und vielem mehr möchte die SPD Streichungen verhindern.

Um die differenzierte Einstellung der SPD-Fraktion darzustellen, beantrage ich hiermit die getrennte Abstimmung des Beschlussvorschlages in fünf Punkten, nämlich

1. die Haushaltssatzung 2011
2. der Ergebnisplan nebst Kontenübersicht zum Ergebnisplan
3. der Finanzplan nebst Kontenübersicht zum Finanzplan
4. die Übersicht über die Investitionen
5. der Antrag der SPD-Fraktion zum „Bürgerhaushalt“

Der Haushaltssatzung 2011 werden wir zustimmen. Bei der Abstimmung über Finanz- und Ergebnisplan und den darin enthaltenen Steuererhöhungen sowie den Investitionen wird sich die SPD-Fraktion enthalten.

Wir drängen darauf, vor einer von CDU und FDP geplanten Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer in 2013 alle Ausgaben schonungslos auf den Prüfstand zu stellen und diese auf weitere Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten.

Beispielsweise erscheint die geplante jährliche Miete für ein „Generationenhaus“ in Höhe von 150.000 Euro angesichts der finanziellen Lage als diskussionswürdig. Die SPD ruft alle anderen Fraktionen dazu auf, gemeinsam an einer soliden Konsolidierungspolitik mitzuarbeiten.

Weil Sparen nur gemeinsam gelingen kann, haben wir Sozialdemokraten beantragt, dass die Bürgerinnen und Bürger mit einem sogenannten „Bürgerhaushalt“ an der Finanzplanung der Stadt zu beteiligen sind. Projekte

und Ausgaben sollten offen und breit diskutiert und die Sparvorschläge, Meinungen und Anregungen der Henneferinnen und Hennefer eingeholt werden.

Ein Bürgerhaushalt bietet unserer Meinung nach mehr Transparenz und ist ein guter Schritt für mehr direkte Bürgerbeteiligung.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag stellt uns nicht zufrieden. Die natürlich gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungsmöglichkeiten reichen bei Weitem nicht aus, denn die Bürgerinnen und Bürger wollen neue und andere Mitwirkungsmöglichkeiten, als da wären:

- Internetforen,
- Bürgerversammlungen zum Thema Haushalt und vor allem
- eine den Bürgerinnen und Bürgern verständliche Darstellung der Haushaltsplanung:

denn wenn die Zahlen so aufbereitet sind, dass allen schnell ersichtlich werden kann, wo Geld hereinkommt und wo es ausgegeben wird,

wo politische Entscheidungen zu treffen sind, **ob** man Geld ausgibt oder nicht (z.B. bei den freiwilligen Ausgaben), dann können auch die Bürgerinnen und Bürger Vorschläge machen und sagen, wo z. B. auf keinen Fall gespart werden sollte, oder wo man mehr Geld hereinbekommen könnte.

Sie könnten Ideen und Anregungen vorbringen und vor allem Fragen stellen.

Wenn man das Potenzial, das in unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern steckt, nutzt, bringt das wahrscheinlich auch mehr Akzeptanz für unseren Haushalt.

Wenn auch die Verwaltung zu unserem Antrag schreibt: „Weitergehende Beteiligungen erscheinen aus verfahrensökonomischen, personellen und auch inhaltlichen Gründen nicht angezeigt“, so bitte ich die anderen Fraktionen bei der Abstimmung über den Antrag um Zustimmung, damit die Verwaltung eben solche Modelle erarbeiten kann, die eine direktere Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Mit der teilweisen Zustimmung zum Haushalt 2011 stellt sich die SPD-Fraktion Hennefer der Verantwortung, die uns Ratsmitgliedern übertragen wurde.

Es ist natürlich viel einfacher, sich mit einem „Nein“ aus der Affäre zu ziehen, aber schwierige Situationen erfordern mehr als einfache Antworten, Schwarz-Weiß-Denken und parteipolitische Kleinkriege.

Jetzt heißt es, gemeinsam zu arbeiten, um Steuererhöhungen oder herbe Einschnitte doch noch zu vermeiden. Die SPD ist dazu bereit!

Deutlich kritisieren wir allerdings, dass Kommunen mit ihren finanziellen Nöten von der Bundesregierung allein gelassen werden. Eine sozial gerechte Steuerpolitik, die die Grundlage für eine handlungsfähige Kommunalpolitik sein muss, kann nur auf Bundesebene erfolgen, wird dort allerdings durch die Klientelpolitik und Steuersenkungsparolen von Schwarz-Gelb verhindert. In den Kommunen muss man sich dann der Realität stellen, die in Berlin ignoriert wird.

Ausdrücklich kritisiert die Hennefer SPD auch die NRW-Landesregierung, die mit einer überstürzten Umsetzung einer gerichtlich angeordneten Neuberechnung des Gemeindefinanzierungsgesetzes zahlreiche Kommunen in Schwierigkeiten gebracht hat.

Die SPD Hennef fordert die Landesregierung deshalb auf, die Neuberechnung in das nächste Haushaltsjahr zu verschieben, um den Kommunen mehr Handlungsspielraum zugeben.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die uns als Fraktion oder Ortsverein der SPD möglich sind, um auf die entsprechenden Stellen im Land einzuwirken, die finanzielle Lage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu verbessern.

Dazu finden parteiintern Veranstaltungen statt, an denen wir teilnehmen und unsere Forderungen an die Landesregierung vortragen.

Die Bitte, auf entsprechende Stellen in Berlin einzuwirken, geht aber an die Fraktionen von CDU und FDP. Bitte nutzen Sie ihre Möglichkeiten auch im Sinne unserer Stadt!

Ich möchte an dieser Stelle noch kurz darauf eingehen, was denn eine Fraktion, die nicht vertraglich in Mehrheitsbündnisse eingebunden ist, in einem Stadtrat bewirken kann:

1. Wir stellen uns der Verantwortung, die uns die Wählerinnen und Wähler übertragen haben, und suchen nach Möglichkeiten, unsere Vorstellungen von sachgerechter Kommunalpolitik durchzusetzen.
2. Wir stellen Anträge, die uns sachlich geboten scheinen, und versuchen, in den Ausschüssen und im Rat dafür Mehrheiten zu bekommen. Ein Beispiel: im Falle des Kinder- und Jugendparlaments hat das funktioniert, die Sache scheint auf einem guten Weg zu sein.
3. Das mit den Mehrheiten klappt in unserer Situation nicht immer, trotzdem kämpfen wir weiter für die Sache, dafür sei als Beispiel nur genannt die Rücknahme der Erhöhung der Elternbeiträge im KITA und OGS-Bereich; es sieht aber so aus, als wenn die Landesregierung den Kommunen und damit den Eltern 1 Jahr Beitragsfreiheit im Kindergartenbereich

ermöglichen wird: das zu bewerkstelligen ist Sache des Landtages, und wer da für Mehrheiten sorgen kann, ist uns allen bekannt!

4. Es ist müßig, unsere weiteren politischen Aktivitäten vorzutragen, hier sei nur auf unsere Internet-Präsenz verwiesen, die sich einer größer werdenden Zugriffszahl erfreut: dort sind unsere Positionen ausführlich dokumentiert. Dazu gehört auch, dass viele junge Menschen in unserer Fraktion und Partei mitarbeiten, sie unterstützen uns in unserer Arbeit, fordern uns aber auch. Um die Zukunft ist mir somit nicht bange.

Noch einmal zurück zu der bereits angesprochenen Verantwortung:

in Zeiten, in denen durch nicht zu verantwortende und zu ändernde Umstände durch Landes- und Bundesgesetzgebung die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen eingeschränkt werden, muss meines Erachtens

- der Stadtrat möglichst einmütig den Oberinstanzen zeigen, dass man jede Möglichkeit, einen selbst gestalteten Haushalt zu verabschieden, nutzt, und muss
- ebenso jede Möglichkeit genutzt werden, auch durch Resolutionen, den Oberinstanzen die desolante Lage der Kommunen aufzuzeigen.

Dieser Verantwortung stellen wir uns durch unser Abstimmungsverhalten.

Zum Schluss möchte ich mich für die SPD-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung bedanken, die persönliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen funktioniert bestens.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.